# Bauernproteste – Rückblick und Ausblick

**Nach den bundesweiten Protestaktionen auf den Straßen folgten Gespräche auf politischer und gesellschaftlicher Ebene, vor allem mit der berufsständischen Vertretung. Der Präsident des Landvolks Niedersachsen und des ASG-Kuratoriums, Dr. Holger Hennies, gibt eine Einschätzung zum Erfolg der Bauernproteste und zeigt auf, welche Schritte aus Verbandssicht nun unternommen werden sollten.**

***Die Statistiken für die letzten Wirtschaftsjahre 2021 bis 2023 zeigen für die Landwirtschaft sehr gute Zahlen. Wie schätzen Sie die Lage auf den Betrieben ein – ist sie entsprechend positiv?***

Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaftsbetriebe war im Durchschnitt der letzten Jahre gut. Aktuell ist sie eher mittelmäßig und nicht mehr so euphorisch wie noch vor einem Jahr. Besorgniserregend ist, dass wir einen Rückgang der Investitionen von ungefähr 60 % haben: Vor allem Investitionen im Bereich Tierhaltung, für die Ausweitung von Produktion oder auch größere Ersatzinvestitionen finden aktuell kaum statt. Das zeigt die große Unsicherheit auf den Betrieben.

Ein Punkt dabei ist noch, dass wir weiterhin einen Zuwachs von 20 % bei den Ausbildungsverträgen hatten. Auf den Betrieben sehen wir die jungen Leute dann aber nicht wieder. Wenn die jungen Menschen nicht auf die Betriebe gehen, um Verantwortung zu übernehmen, wird auch nicht investiert.

***Mit der Entscheidung der Bundesregierung, die Agrardiesel-Subvention zu kippen, ist auch die Stimmung gekippt. Welche tieferliegenden Ursachen stecken dahinter?***

Tatsächlich ist die Stimmung nicht gekippt, sie ist nur sichtbar geworden. Zurzeit haben wir bei eher mittelmäßigen wirtschaftlichen Ergebnissen eine desaströse Stimmung und die Tendenz, dass sich die Zukunftsperspektiven für Tierhaltung wie auch intensiven Ackerbau verschlechtern. Seit Anfang 2019 geht die Stimmung auf den landwirtschaftlichen Betrieben kontinuierlich bergab, unabhängig von der aktuellen wirtschaftlichen Situation. Wer sich erinnert: 2019 wurden die Düngeverordnung mit den roten Gebieten und ihre nochmalige Verschärfung sowie das Insektenschutzpaket vorgelegt. Und das hat in 2019 auch zu den ersten großen Bauernprotesten geführt. Der Agrardiesel hat jetzt so eine Art Rückzündung erzeugt. Das war wirklich nur noch der Auslöser, das Fass war vorher schon übervoll.

> ***„Besorgniserregend ist, dass wir einen Rückgang der Investitionen von ungefähr 60 % haben. Das zeigt die große Unsicherheit auf den Betrieben.***

Foto: Sperren Deppe

Dr. Holger Hennies, der in Göttingen studiert und am dortigen Institut für Agrarökonomie promoviert hat, bewirtschaftet zusammen mit seiner Frau in vierter Generation den in der Region Hannover gelegenen 90 ha großen Familienbetrieb mit Reitbetrieb, Direktvermarktung und „Lernort Bauernhof"-Angebot. 700 ha Ackerfläche werden im Rahmen einer Betriebsgemeinschaft bewirtschaftet.

Hennies ist seit 1996 berufsständisch engagiert, war u. a. von 2015–2023 Vorsitzender des Landvolks Hannover und von 2018–2021 Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen. 2021 übernahm er das Amt des Präsidenten des Landvolks Niedersachsen und ist zugleich seit 2022 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands.

In der täglichen Arbeit bringt er praktische Erfahrungen sowie wissenschaftliche Expertise ein, um an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik die Interessen des Berufsstandes über Niedersachsen hinaus zu vertreten. So führt er für den DBV die Verhandlungen in der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und begleitet aktiv-kritisch die „Denkfabrik" Agora Agrar. In Niedersachsen gehört der „Niedersächsische Weg" zu seinen thematischen Schwerpunkten. In allen Prozessen und Debatten sieht er sich als kreativen Ideengeber, der die richtigen Impulse für eine nachhaltige Landwirtschaft und die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz setzt.

***Das Landvolk Niedersachsen hat die Bauernproteste in Niedersachsen organisiert und getragen. Die Resonanz war enorm, unzählige niedersächsische Landwirtinnen und Landwirte haben sich an den Protesten beteiligt. Wie ist es gelungen, die Landwirtschaft in diesem Ausmaß zu mobilisieren?***

Die Motivation der Landwirtinnen und Landwirte kam durch die sehr schnelle Reaktion mit der sofortigen Demonstration in Berlin direkt drei oder vier Tage nach Verkündung des Kürzungsbeschlusses. Bei dieser Kürze des Vorlaufs hat alle überrascht, wie schnell die Bauern mobilisiert werden konnten. Unsere dezentrale Struktur ist dabei eine echte Stärke gewesen. Wir haben Kreisverbände, die aktionsfähig sind, die die Leute vor Ort mobilisieren, die Demonstrationen anmelden. Auch sind wir als Bauernverband enorm breit aufgestellt und wir haben uns Verbündete gesucht, u. a. die Landjugend sowie den Verein Landwirtschaft verbindet Deutschland e. V., die zwar wenige Mitglieder haben, aber WhatsApp- oder andere Social-Media-Gruppen mit einem hohen Mobilisierungspotenzial.

***Wie haben Sie die Stimmung bei den Protesten persönlich erlebt?***

Vor Weihnachten bei dem ersten Auflauf war die Stimmung total positiv. Das hat dann auch bis in die sogenannte Aktionswoche vom 8. bis zum 15. Januar gehalten. In den Kommunikationsgruppen äußerten sich über die Weihnachtsfeiertage einzelne radikale Stimmen, häufig auch gar nicht aus der Landwirtschaft, die versuchten, die Stimmung Richtung Umsturz und so weiter anzuheizen. Das ist dann aber wieder abgeflacht, sobald auch die „normale" Landwirtschaft wieder präsenter war. Wir haben vom Bauernverband deutlich signalisiert: Damit wollen wir nichts zu tun haben; das ist nicht unser Ansinnen, uns geht es um eine andere Politik. Ich habe die Proteste teilweise auch sehr fröhlich erlebt. Es hat vielen einfach Spaß gemacht, aktiv zu werden, nicht nur passives Opfer von Politik zu sein oder sich so zu fühlen, sondern auch mal die eigene Meinung gemeinsam mit allen möglichen Landwirtinnen und Landwirten kundzutun.

***Einige Gruppierungen aus dem rechtsextremen Spektrum haben versucht, die Proteste für sich zu vereinnahmen. Andere zeigten eine hohe Gewaltbereitschaft. Das Landvolk hat sich mit einer klaren Haltung distanziert. Wo liegt Ihrer Meinung die größte Gefahr?***

Die erste Gefahr war tatsächlich, dass Gruppierungen – teilweise linksradikale Gruppen, aber hauptsächlich aus dem rechten Spektrum – versucht haben, die Proteste für ihre Umsturzphantasien zu instrumentalisieren. Die Gefahr besteht natürlich, dass der rechte Rand ständig versucht, dieses Narrativ „die da oben machen ja nichts für die Bevölkerung" zu nähren und diese Politikverdrossenheit zu schüren. Das sehe ich schon. Sorgen macht mir die Berichterstattung über die Proteste in den Medien. Ein Beispiel aus der Region Hannover: Hier haben 500 Landwirtinnen und Landwirte ein Luftbild kreiert mit einer konkreten Aufforderung direkt an den Ministerpräsidenten. Gleichzeitig hat in derselben Nacht eine kleine radikale Gruppe Mist und Hölzer auf der Autobahn verteilt. Darüber wurde in der Zeitung berichtet, nicht über die positive Aktion. Aktionen wie die auf der Autobahn haben viele Unbeteiligte in Gefahr gebracht und sie lenken auch von den Anliegen der Bauern ab. Es wird nur noch über Radikale geredet, die weniger als ein Prozent der Landwirtschaft ausmachen. Diese Gruppen, die meinten, immer härter, immer radikaler Aufmerksamkeit zu erregen, galt es auch einzufangen oder zumindest innerhalb der Landwirtschaft zu isolieren. Das kann nicht unser Weg sein.

> ***„Viele Landwirtinnen und Landwirte hätten eine deutlich stärkere Reaktion der Bundesregierung erwartet. Wir haben einige große Punkte, wie z. B. die Bürokratie in der GAP-Abwicklung, aber vor allem auch das Düngerecht, die viele Betriebe nicht mehr beherrschen. Diese Nöte, die hat die Regierung noch viel zu wenig aufgenommen.***

***Die Bauernproteste haben die Unzufriedenheit mit der Politik sehr deutlich gemacht. Wie bewerten Sie den Kompromiss der Bundesregierung, die Steuerbefreiung bei landwirtschaftlichen Kfz aufrechtzuerhalten, aber den Agrardiesel schrittweise zu besteuern?***

Es ist ein Teilerfolg, dass wir die Kfz-Steuer verhindert haben, gerade weil damit auch ein enormer Bürokratieaufwand für die Betriebe selber, aber auch für die Behörden verbunden gewesen wäre. Beim Agrardiesel haben wir unser Ziel nicht erreicht. Es geht darum, für die Landwirtschaft eine faire Lösung zu finden. Das heißt, dass wir im Durchschnitt der europäischen Agrardieselpreise liegen. Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit ist auch wieder der Auslöser für fehlende Investitionen und davon ist Agrardiesel ein Baustein. Gerade für den Ackerbau, den energieintensiven Obst- und Gemüseanbau, aber auch für die Milchviehhaltung wird von den Betrieben mit großer Sorge gesehen, dass sie gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern deutlich schlechter gestellt werden.

***Die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) wurde nun wieder einbezogen und von der Bundesregierung um konkrete Vorschläge gebeten. Inwieweit werten Sie das als einen Erfolg der Bauernproteste?***

Es ist eine Folge. Es zeigt vor allem die Ratlosigkeit der Regierung. Die Zukunftskommission sollte die groben Leitlinien für den Umbau der Landwirtschaft bestimmen. Aber nur vier der 32 dort vertretenen Organisationen, die Landjugend, der Bauernverband, die Landfrauen und Landwirtschaft verbindet Deutschland, waren an den Bauernprotesten beteiligt. Die ZKL ist eine wichtige Einrichtung, aber für die konkrete Regierungsarbeit wurde sie eigentlich nie gemacht.

***Viele Beteiligte haben das Gefühl, mit den Protesten nichts erreicht zu haben, obwohl die EU-Kommission in den letzten Wochen im Schnellverfahren umweltpolitische Regelungen zurückgenommen und auch umweltpolitische Vorgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik wie die obligatorische Flächenstilllegung ausgesetzt hat. Was hätte passieren müssen, um den Protestierenden das Gefühl zu geben, etwas erreicht zu haben?***

Viele Landwirtinnen und Landwirte hätten eine deutlich stärkere Reaktion der Bundesregierung erwartet. Die EU hat auf die europaweit aufgeflammten Bauernproteste reagiert, die von Deutschland ausgegangen sind. Die Regierung hätte einen konkreten Stufenplan für Entlastungen im Energiesteuerbereich vorlegen müssen. Wichtig wäre gewesen, alle vorgesehenen Vorhaben der Regierung auf den Prüfstand zu stellen. Wir haben einige große Punkte, wie z. B. die Bürokratie in der GAP-Abwicklung, aber vor allem auch das Düngerecht, die viele Betriebe nicht mehr beherrschen. Diese Nöte, die hat die Regierung noch viel zu wenig aufgenommen, das sehen wir noch gar nicht.

***Die Proteste haben sehr viel Verständnis in der Bevölkerung ausgelöst, man könnte fast von einer Solidarisierungswelle sprechen. Könnte dies ein Fundament sein, um in Zukunft eine höhere Wertschätzung für die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte in der Gesellschaft zu entfalten? Oder ist es eher ein Kurzzeit-Effekt?***

Foto: Sebastian Saager

**Leuchtende Botschaft der niedersächsischen Landwirtinnen und Landwirte**

Ich glaube nicht, dass es kurzzeitig ist. Eine Grundsympathie für die Landwirtschaft war auch vorher schon vorhanden. In den Hintergrundbefragungen im Rahmen unserer Imagekampagnen zeigt sich ein Anteil von 70 bis 80 % der Bevölkerung, die insbesondere den einzelnen Landwirtinnen und Landwirten sehr positiv gegenüberstehen. In der öffentlichen Wahrnehmung der Medienlandschaft zeigt sich eine deutlich schlechtere Stellung. Im Rahmen der Proteste ist die hohe Grundsympathie in der Bevölkerung sichtbar geworden: in ländlichen Gebieten teilweise bei 90 %, im städtischen Bereich aber immerhin noch bei 70 %.

Das liegt auch daran, dass viele andere aus Handwerk und Mittelstand dieselben Anliegen haben: dieses Gefühl der unfairen Behandlung, der Überfrachtung mit Auflagen und mit Vorschriften. Wenn die Regierung nichts unternimmt, endlich einmal den Dschungel der Auflagen zu durchforsten, dann wird auch diese Solidarisierung in der Bevölkerung gegen die Regierung leider bleiben. Und das kann auf die Dauer dann auch zu einer deutlichen Verschiebung der politischen Verhältnisse in Richtungen führen, die dann vielleicht nicht mehr so sympathisch sind.

***Wie wird der Dialog mit der Bundesregierung im laufenden Jahr weitergehen? Welche Schritte plant das Landvolk Niedersachsen?***

Wir als Landvolk Niedersachsen haben als ersten Ansprechpartner immer unsere Landesregierung, über die wir versuchen, die Bundespolitik in deren Parteien zu beeinflussen. Auf diesem Weg werden wir u. a. für den Bereich Bürokratieabbau weitere Vorschläge machen. Das ist unsere Strategie. Und der zweite Punkt ist natürlich, über den Deutschen Bauernverband auch auf die Bundesregierung einzuwirken. Mit den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten sind wir noch mehr als sonst im Gespräch. Spannend wird auch Europa. Den Europawahlkampf haben wir konstruktiv kritisch begleitet. Die Frage stellt sich, ob die neu gebildete Kommission den Handlungsbedarf sieht und mehr zu einem positiven belohnenden System von Agrarpolitik kommt. ■